



SPD MITTE
I/2018

A14/I/2018

Beschluss

wird nachgereicht

Abt. 16 (Grünes Dreieck)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impfpflicht in Deutschland einführen!

1) Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impfpflicht für Kinder zur Prävention besonders schwerer und/oder ansteckender Krankheiten ein. Die Impfpflicht soll die aktuell von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Impfungen umfassen. In der abschließenden Liste enthalten sind folgende Krankheiten: Tetanus (Wundstarrkrampf), Diphtherie (Bräune), Pertussis (Keuchhusten), Poliomyelitis (Kinderlähmung), Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln, Hib (Haemophilus influenzae Typ b), Varizellen (Windpocken), Meningokokken, Pneumokokken, Rotaviren und HPV (Humane Papillomaviren).

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der

- die STIKO am Robert-Koch-Institut in Berlin beauftragt, regelmäßig Vorschläge für die Anpassung der Liste schwerer vermeidbarer Erkrankungen zu erstellen und die Bundesregierung entsprechend zu beraten. Die Ergänzung der oben genannten Liste impfpflichtiger Krankheiten bedarf der Gesetzesform.
- sicherstellt, dass Eltern impfpflichtiger Kinder von den Kinder- oder HausärztInnen umfänglich über Wirkungen und Nebenwirkungen vorgeschriebener Impfungen informiert werden.
- eine breit angelegte Informationskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) enthält, die über das Impfen aufklärt.
- ein wirksames und durchsetzbares mehrstufiges Sanktionierungsverfahren wie z.B. im Rahmen der Schulpflicht enthält.

Die KDV möge beschließen,

der LPT möge beschließen,

2) Der Senat wird aufgefordert, die bezirklichen öffentlichen Gesundheitsdienste (ÖGD) finanziell so auszustatten, dass es ihnen ermöglicht wird, bei schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen, eine aufsuchende Impfberatung durchführen zu können.